Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich
Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 86. **Halle a. d. Saale, Montag den 20. Februar** **1899.**

Der Präsidentenwechsel in Frankreich.

Die Republik in Frankreich steht doch auf festeren Fundamenten, als viele betrübende Erscheinungen an ihrer Oberfläche vermuthen lassen. Das ist der Eindruck, den die in Versailles vorgenommene Präsidentenwahl zurücklässt, aus welcher Emile Loubet mit der ansehnlichen Majorität von zweihundertvier Stimmen als Sieger hervorging. Die Wahl war aus mancherlei Gesichtspunkten anders und aus vielen Gründen bedeutungsvoller als alle Präsidentenwahlen, die seit Jules Grévy's Rücktritt Frankreich Staatsoberhäupter gegeben haben. Was in Versailles gekämpft wurde, das war kein Kampf um Personen, kein Kampf um Interessen, nicht einmal im gewöhnlichen Sinne ein Kampf der Parteien; es war ein Kampf zwischen zweierlei Grundsätzen, zweierlei Traditionen, man kann sagen, zwischen zweierlei Weltanschauungen. Wohl standen alle diese Gegensätze der Form nach auf dem gemeinschaftlichen Boden der republikanischen Staatsverfassung, denn wenn es anders wäre, dann würde der Streit nicht mehr mit dem Stimmzettel auszufechten sein; allein in Wahrheit war es die Verfassung selbst, die in Frage stand. Alle Begierden der Frankreich umlauernden Prätendenten, alle mausgesprochenen Wünsche der die Republik nur mit heimlich geballter Faust ertragenden gesellschaftlichen Schichten, alle dunklen Triebe und Leidenschaften, die seit vielen Monaten so häßliche Wellen werfen und Frankreich von einer Krise in die andere stürzen, verbargen sich hinter den Boten, um in der Urne, wie in der Retorte eines Chemikers, zu einem neuen, der Republik Verderben bringenden Körper sich zu verbinden. Die Republik der Monarchisten focht gegen die Republik der Republikaner, und das alles verkörperte sich in zwei Männern: in Méline und Loubet.

Daß die Wahl diesmal gleich im ersten Gange entschieden wurde, daß die Präsidentschaft einem der ursprünglichen und wirklichen Kandidaten, nicht einem unerwarteten Dritten zufiel, wie es bei Carnot's und Faure's Wahl geschah, daß zum Zwecke der Wahl alle nur einigermaßen verwandten Fraktionen und Gruppen zu großen Parteilagern sich vereinigten — das alles hat seinen Grund in dieser tiefer liegenden Bedeutung des Wahlkampfes. Um Méline sammelten sich die Parteien der Rechten, die offenen und maskirten Monarchisten, die Reste der Boulange, die Patrioten und Nationalisten, alle die wohlbekannten Elemente, die nach 28 Jahren Republik des trockenen Tones satt sind, denen das heutige Frankreich zu nüchtern, zu spießbürgerlich ist, die von der Armee nicht die Vertheidigung der Republik, sondern eher das Gegentheil erwarten und sie nun mit der Flamme ihrer Begeisterung versengen, alles, was aus den verschiedensten Gründen und mit den verschiedensten Hintergedanken unzufrieden ist und „Es lebe die Armee! Es lebe Frankreich!" ruft, um nicht „Es lebe die Republik!" rufen zu müssen. Und man muß sagen, daß die Fahne nicht schlecht gewählt war. Um Méline, den französischen Mac Kinley, gruppiren sich starke und wichtige wirthschaftliche Interessen. Méline ist der Mann der Agrarier und Schutzzöllner. Die Regierung, an deren Spitze Méline stand, war eine der längsten und dauerhaftesten, welche die dritte Republik gesehen hat, denn Méline hat es verstanden, mit den aus solchen Interessen gesponnenen Fäden die in verschiedenartigen Leidenschaften ruhenden Triebkräfte aneinanderzuknüpfen. Man kann nicht sagen, daß Méline kein Republikaner ist, aber seine republikanische Gesinnung schließt Kompromisse nicht aus, und aus denselben Gründen, aus denen die Monarchisten und Ralliirten den Minister Méline unterstützten, vereinigten sich auch ihre Stimmen mit den übrigen Pseudo-Republikanern, um ihm den Weg ins Elysée zu bahnen. Aber eben diese Stärke war heute seine Schwäche. Für die aufrichtigen Republikaner war die bunte Gefolgschaft Méline's das stärkste Motiv, ihn nicht zu wählen. Die Ereignisse der letzten Monate haben zu deutlich gezeigt, wo diese in so vielen Farben schillernde Parteienverbindung hinaus will. Es bedarf nur eines Augenblicks ruhiger Betrachtung, um zu erkennen, daß der unglückselige Rechtsfall, der den Namen des Hauptmanns Dreyfus trägt, den Bezirk der Justiz niemals hätte verlassen können, wenn nicht Leute da wären, die ein Interesse daran haben, ihn anderswohin zu verpflanzen, daß alle die verderblichen Gegensätze zwischen bürgerlicher und militärischer Gewalt, zwischen Kassationshof und Kammer, die er erzeugt hat, nicht in der Natur eines solchen Rechtsfalles begründet sind, sondern künstlich und absichtlich aus demselben abgeleitet wurden. Dieser Augenblick ruhiger Betrachtung war gekommen, als Felix Faure die Augen schloß. Für jeden Franzosen, der den gesicherten Fortbestand der Republik will, mußte es klar sein, daß das ein kritischer Augenblick war, und deshalb schlossen sich über politische und soziale Abgründe hinweg alle Schattirungen der Republikaner bis zu den äußersten Vorposten der Sozialisten hinaus zusammen, um einen Mann zu wählen, der jene gefährliche Unterstützung nicht besitzt, zur Hervorrufung jener Gegensätze nicht beigetragen hat, von dem eine Ausbeutung derselben zu dunklen Zwecken nicht zu befürchten ist, und da sie einen solchen Mann in dem Senats-Präsidenten Loubet fanden, wählten sie ihn und erhoben ihn zum Präsidenten der Republik.

Präsident Loubet tritt nicht aus dem Dunkel hervor, sondern blickt auf eine glänzende politische Laufbahn zurück. Er war Minister-Präsident und zweimal Minister in den Kabineten Tirard und Ribot, er steigt als Senats-Präsident nur um eine einzige Stufe zu seiner neuen Würde empor. Trotzdem kann man sagen, daß er nicht so sehr wegen der Eigenschaften gewählt wurde, die er besitzt, als wegen derjenigen, die er nicht besitzt. Wegen derjenigen nämlich, die seinen Mitbewerber Méline auszeichnen. Er sagte einmal, für ihn bestehe die Republik nicht nur in der Regierungsform, sondern in der Gesammtheit aller Einrichtungen der französischen Revolution. Diese Einrichtungen sind nicht blos vom Zahn der Zeit schon arg benagt, sie sind auch von gierigen Zähnen ganz anderer Art bedroht, und um sie davor zu schützen, wurde Loubet gewählt. Darin ruht die Bedeutung seiner Wahl. Die politische Vergangenheit Loubet's, so rühmlich sie war, hat seiner Wahl eher geschadet als genützt. Unter seiner Minister-Präsidentschaft kam am Leibe Frankreichs das böse Panama-Geschwür zum Ausbruch, und die wenigen Stunden zwischen Faure's Hinscheiden und Loubet's Wahl haben für Herrn Quesnay de Beaurepaire hingereicht, von dorther das Gift zu holen, um es gegen den Rivalen Méline's zu spritzen. Die Gegner Loubet's und Feinde der Republik werden es vermuthlich auch in der Folge an der Anwendung dieses Mittels nicht fehlen lassen, besonders wenn Loubet bei seiner Auffassung der Republik bleibt. Zu den Einrichtungen, welche die Revolution geschaffen, gehört ja auch die Trennung der Gewalten und die Unabhängigkeit der Justiz. Allein das ist nur ein Grund mehr, in der Wahl Loubet's einen Sieg des republikanischen Gedankens und eine Niederlage seiner Gegner zu erkennen.

Frankreich ist dazu zu beglückwünschen. Die Vorgänge in der Kammer, die turbulenten Stimmen, die sich überall im Lande vernehmbar machten, ließen ein solches Resultat keineswegs mit Sicherheit erwarten. Die Franzosen schienen so sehr in den Säbel verliebt zu sein, daß es nicht sehr überrascht hätte, wenn im Augenblicke der Präsidentenkrise der Säbel den Stimmzettel ersetzt und den Lebensfaden der Republik durchhauen hätte. Nun hat sich nicht blos der Uebergang von einer Präsidentschaft zur anderen ohne Störung vollzogen, es ist auch ein Präsident gewählt worden, dessen Persönlichkeit nicht darüber im Zweifel läßt, daß die Republik, um mit Schopenhauer zu reden, den Willen zum Leben noch immer nachdrücklich bejaht. Es wird sicherlich auch unter Loubet's Präsidentschaft an Zwischenfällen, an Störungen und Bedrohungen nicht fehlen. Das erste Wort, das Loubet nach seiner Wahl sprach, war: Beruhigung, und doch ist es unmöglich, sich darüber zu täuschen, daß es bis zur Erfüllung dieses schönen Programms noch weit ist. Aber in einem anderen Sinne darf Frankreich aus der Präsidentenwahl die Beruhigung schöpfen, daß es bis zum Triumph der Rückständigen und Feinde der Republik doch noch ein gut Stück weiter ist. So reif, die Beute eines Abenteurers zu werden, wie viele glauben und manche wünschen, ist Frankreich doch noch nicht. In Wahrheit ist das Verhältniß zwischen den verschiedenen Strömungen der Nation anders, als die Bewegung an der Oberfläche anzudeuten scheint. Das Stimmenverhältniß, mit dem Loubet über Méline siegte, ist die mathematische Formel dafür.

Da er sterben mußte, ist es noch ein Glück im Unglück, daß Faure einen so raschen Tod hatte. Gleichwie ihm ein länger währendes Siechthum Qualen bereitet hätte, die ihm nun erspart sind, so wäre es auch für Frankreich weit schlimmer gewesen, wenn eine Krankheit von einiger Dauer dem Tode des Präsidenten vorausgegangen wäre. Alle unruhigen Köpfe von Frankreich wurden von der traurigen Nachricht überrascht. Die Gegner der Armee ebensowohl wie ihre allzu großen Freunde erfuhren erst aus den pariser Morgenblättern am Freitag, daß in der Republik ein Erbfall eingetreten sei. Die Feinde der Ordnung vernahmen erst in dem Augenblicke, wo die Truppen bereits konsignirt und die Präfekten auf ihre Posten berufen waren, daß am Donnerstag in den Abendstunden der Staat ohne Oberhaupt war. Aber auch die Schwärmer für eine noch größere Ordnung, als es die jetzige in ihren Augen ist, wurden geradezu verblüfft durch die Geschwindigkeit, mit der ein historischer Augenblick der Herrenlosigkeit kam und ging. Herr Dupuy, der Ministerpräsident, hatte mit seiner bereits bei zwei früheren Gelegenheiten erprobten Entschiedenheit sofort alle nöthigen Vorkehrungen getroffen. Er scheint der providentielle Mann für die Besorgung des Ueberganges von einer Präsidentschaft zur anderen zu sein. Schon der dritte Präsident scheidet aus dem Amte, dieweil Herr Dupuy eben die Zügel der Regierung hält. Alle Welt ist darin einig, daß er für solche Zeiten eine gute Hand hat. Der Präsident ist todt oder amtsmüde? Herr Dupuy wischt sich rasch eine Thräne aus dem Auge und drückt sodann auf einen Taster: Die Truppen in die Kasernenhöfe! Die Präfekten in Bereitschaft! Und alles geht wie am Schnürchen. Der Präsident ist todt — es lebe die Republik!

Indessen waren die Prätendenten viele Meilen weit vom Ziel ihrer Wünsche. Napoleon soll eben in Brüssel die traurigen Gedanken des Exils von den heiteren Wesen der „Schönen Helena" haben übertäuben lassen. Und während der Bonaparte im Operettenhause saß, war Orleans an der herrlichen Riviera. Es ging ihnen ein wenig wie den Jägern im Märchen. Sie verschliefen den weißen Hirsch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 19. Febr. Der Kaiser und die Kaiserin trafen gestern nachmittag um 3/4 6 Uhr aus Hubertusstock auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin wieder ein. Der Kaiser begab sich vom Bahnhof geradewegs nach dem französischen Botschaftspalais, um dem Marquis de Noailles einen Besuch zu machen, der sich 40 Minuten ausdehnte. Zur Besetzung des Präsidenten Faure begeben sich auf kaiserlichen Befehl der Generaladjutant Fürst Anton Radziwill, Oberstkammerherr Graf Wedel, General à la suite von Scholl, der Commandeur des Alexander-Regiments Oberst von Moltke und der Major im Ersten Garde-Regiment von Plüskow nach Paris. Die Wittwe des Präsidenten Faure hat dem Kaiser telegraphisch nach Hubertusstock in bewegten Worten ihren Dank ausgesprochen für die herzliche Theilnahme an dem Verlust ihres Gatten.

Gestern abend weilte der Kaiser als Gast bei seinem Oberstkämmerer, dem Fürsten Christian zu Hohenlohe-Oehringen. Auf Wunsch des Kaisers fand nur ein intimes Herrendiner statt, das in der Wohnung des Fürsten, Hindersinstraße 12, abgehalten wurde. Es waren im Ganzen 16 Gedecke aufgelegt worden. Der Kaiser, der um 7 Uhr abends erschienen war, verweilte bis nach 11 Uhr in der Tafelrunde.

Der Kaiser wird anfang März zur Vereidigung der Marinerekruten und zur Besichtigung der nach Kiautschou gehenden Ablösung in Wilhelmshaven erwartet.

„Allerlei Intimes vom Kaiser."

In Anknüpfung an die mehrfach besprochene Tischrede des Landraths v. Kotze gelegentlich der diesjährigen Geburtstagsfeier des Kaisers bringen die letzten „Grenzboten" einen bemerkenswerthen Artikel, in dem namentlich den reaktionären Parteien allerlei ungeschminkte Wahrheiten gesagt werden. Der Verfasser macht unsere reaktionären Führer insbesondere dafür verantwortlich, daß der Kaiser sowohl in der preußischen Bevölkerung wie namentlich in den nichtpreußischen Theilen des Volkes die Liebe und Anerkennung nicht findet, die er verdient, und führt hierzu folgendes aus:

> Wenn man nach den Gründen dieser bedauerlichen Erscheinung forscht, so stößt man, zumal im Süden und Westen, durchweg auf die mit naiver Unkenntniß der Verhältnisse vorgetragene Ansicht, daß er der eigentliche Träger der altpreußischen junkerlichen Reaktion sei, wohl auch des Agrarierthums, des schutzzöllnerischen Schlotjunkerthums und nicht am wenigsten der starren, unduldsamen, protestantischen Orthodoxie, die man alle miteinander in neuerer Zeit als in Preußen zu unumschränkter Herrschaft gelangt betrachtet. Man geht in der naiven Geschichtsfälschung in Süddeutschland sogar vielfach soweit, Bismarck als den Vorkämpfer des Fortschritts und des Liberalismus im edelsten Sinne dem Kaiser als dem Vertreter des finstern, illiberalen, selbst vor einem reaktionären Staatsstreich nicht zurückschreckenden Rückschritts gegenüberzustellen. So lächerlich dieser Kontrast der von der Person des Kaisers herrschenden Vorstellungen mit der Person des Kaisers, wie sie wirklich ist, auch sein mag, so drohen sie doch schon zu einer ernsten Gefahr für die gedeihliche Entwicklung der politischen Lage im Reiche zu werden. Sie bieten den partikularistischen wie den demokratischen Wühlereien das willkommenste Werkzeug und den fruchtbarsten Boden. Die Freunde des Reichs, die in des Kaisers Person und in ihrem harmonischen Zusammenwirken mit der Nation die Gewähr für die gesunde Weiterentwicklung der jungen deutschen Reichspolitik sehen, die aufrichtigen Freunde des Kaisers, namentlich die im besten Sinne konservativ und monarchisch gesinnten deutschen Männer in Preußen haben dieser Gefahr gegenüber Stellung zu nehmen und rücksichtslos ihre Ursachen und Urheber festzustellen und zu bekämpfen.

Weiter schreibt der Verfasser dann:

> Sagen wir es offen: die Reaktion in Preußen hat den Kaiser um die wohlverdiente Liebe, den gebührenden Dank und das nothwendige Vertrauen der deutschen Patrioten und damit des deutschen Volkes betrogen. Hier in Preußen ist die Schuld zu suchen und in Preußen deshalb auch für die Sühne und für die Abhilfe zu sorgen. Wenn Bismarck einmal gesagt hat, der weise Staatsmann müsse zu Zeiten konservativ, zu Zeiten liberal zu regieren wissen, dann ist es in Preußen hohe Zeit, daß wieder einmal liberaler oder weniger reaktionär regiert wird. Das sollten die preußischen Konservativen sich endlich gesagt sein lassen. Wollen sie es nicht beherzigen, so werden sie auch in Zukunft den deutschen Kaiser um das Vertrauen und den Dank des deutschen Volkes betrügen lassen und damit leider die Regierung eines der pflichttreuesten, begabtesten, im besten Sinne liberalen Hohenzollern zu einer tragischen machen.

Sehr gut ist auch, was zu den Gepflogenheiten der junkerlichen und bureaukratischen Fronde gesagt wird, die persönliche Initiative des Kaisers in allen Sachen öffentlich hervorzukehren, obgleich man, wo der Kaiser sich selbst zu ihr zu bekennen für gut findet, Zeter darüber schrie:

> Es schien Methode geworden zu sein, daß die verantwortlichen hohen Beamten nicht den Monarchen deckten, sondern sich durch die Person des Monarchen zu decken suchten. Wo nur immer eine reaktionäre Maßregel in Preußen vorbereitet werden sollte, da suchte man die persönliche Initiative des Kaisers, durch irgend eine beiläufige, intime Aeußerung belegt, dafür ins Treffen zu führen und es an die große Glocke zu hängen. Man wußte genau, daß man damit Oel ins Feuer und Wasser auf die Mühle derer goß, die die leichtgläubigen Massen gegen den Kaiser aufzuhetzen immer bereit waren. Man machte sich zum Mitschuldigen dieser Hetze, und wie es zuweilen schien, nicht ohne Vorbedacht. Indem man Veranlassung gab, den Kaiser im Volke als den Vertreter der schroffen Reaktion zu beschimpfen — wer die Frage der Majestätsbeleidigungen untersuchen studirt, wird das verstehen — um so mehr glaubte man den Kaiser zu spoliren und der Reaktion wirklich in die Arme zu treiben, in die Arme der Fronde, die über und durch den Monarchen herrschen wollte.

Indem der Verfasser auf die vielbesprochene Nichtbestätigung Kirschner's zu sprechen kommt, deren Verschleppung man auch mit der persönlichen Initiative des Kaisers zu decken sucht, meint er:

> Aber es hieße jede Kenntniß der Anschauungen und der Urtheilsfähigkeit der Berliner Einwohnerschaft, ja der Natur der Volksseele überhaupt verleugnen, wollten wir nicht die Nichtbestätigung eines so durch und durch achtbaren, patriotischen und geschäftstüchtigen Mannes, als welcher Kirschner in Berlin und in seinem früheren Wirkungskreise bekannt ist, für einen schweren Fehler bezeichnen — besonders nachdem er i. J. als zweiter Bürgermeister anstandslos bestätigt worden war und nun nach langen Verhandlungen und Bedenken sich hatte bereit finden lassen, die Wahl zu der wenig beneidenswerthen Stellung als Haupt einer politisch so verrotteten (!) Stadtverwaltung anzunehmen. Und vor allem hätte man das rechtzeitig sagen müssen, ja schon vor der Wahl sagen sollen. Niemand in Berlin hat in der Wahl Kirschner's einen oppositionellen Akt gesehen, und jetzt behandelt man die Gemeinde Berlin, wie ein Landrath das kleinste Dorf nicht behandeln sollte, das verantwortliche Haupt einer so riesigen Verwaltung wie einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990220013/fragment/page=0001

Flurschützen, der froh sein muß, überhaupt vom Schreiber des gnädigen Herrn Landraths einen Bescheid zu bekommen oder auch nicht.

Der Artikel schließt u. a.:

Es ist unerhört, solche Fehler mit der persönlichen Initiative des Kaisers decken zu wollen. Das steht mit allen guten Traditionen des preußischen Beamtenthums im schroffsten Widerspruch. Lächerlich geradezu ist es, dem Kaiser diese Verantwortung aufzubürden. Und wenn er ohne Kenntniß der wahren Sachlage und der sich aus ihr ergebenden Konsequenzen persönlich der Bestätigung Kirschner's abgeneigt wäre und sich dahin geäußert hätte, so wäre es seiner in dieser Sache verantwortlichen Berather verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, dem entgegenzuntreten und nicht etwa hinter der bekannten sämmerlichen Ausrede Deckung zu suchen: Ja, der Kaiser duldet keinen Widerspruch. Wir sehen voraus, wie die gemäßigt liberalen Elemente in Berlin und Preußen dadurch noch mehr jedes Einflusses beraubt und selbst immer mehr verbittert werden. Der Zwiespalt wird immer größer und unversöhnlicher, und unsern die Reaktion darin auch momentan ihre Rechnung zu finden hofft, die konservative Sache im guten Sinne, die Monarchie und vor allem der Kaiser selbst haben davon nichts als Schaden. Mit dem größten Bedauern haben wir gehört, daß der preußische Minister des Innern im Abgeordnetenhause die Bestätigung der berliner Bürgermeisterwahl als einen königlichen Akt hinstellte, der sich der Kritik der Volksvertretung, d. h. also der Verantwortung des Ministers entziehe. Nackt und schroff ist hier die falsche Gepflogenheit, den Monarchen persönlich vor dem Volke verantwortlich zu machen, zum Grundsatz erhoben. Freiherr von Kohe und Freiherr von der Recke mögen es nach bestem Wissen gut mit dem Kaiser gemeint haben bei ihren Reden, aber vor den Grundsätzen solcher Freunde möge Gott den Kaiser schützen.

Der Friedhof der Märzgefallenen.

Wie schon in der Sonntagsnummer kurz mitgetheilt, ist in Sachen des Friedhofes der Märzgefallenen die vom Minister des Innern, Frhrn. v. d. Recke, für die „allernächste Zeit" in Aussicht gestellte Entscheidung dieser Tage thatsächlich gefallen, und zwar dem Vernehmen nach in einem für die Gemeindeverwaltung Berlins ungünstigem Sinne. Der Minister hat, da die Angelegenheit selbst durch einen lebhaften Schriftwechsel einem beiderseits befriedigenden Abschlusse nicht hat entgegengeführt werden können, das Polizeipräsidium angewiesen, die vom Magistrat nachgesuchte Bauerlaubniß zu versagen, und in diesem Sinne soll der Magistrat auch schon beschieden sein. In ihrer knappen Form läßt diese Verfügung so gut wie nichts von den vorausgegangenen, zeitraubenden Verhandlungen erkennen. So viel scheint festzustehen, daß der Kaiser eben wegen jener Verzögerungen von der Angelegenheit erst nach seiner Rückkehr von der Palästinareise Kenntniß erhalten hat. Der Minister stützt die Versagung der Bauerlaubniß dem Vernehmen nach auf die §§ 6, I, 8 und 10, II, 17 ALR.

Diese Gesetzesstellen besagen einmal, daß „zum Schaden oder zur Unsicherheit des gemeinen Wesens" kein „Bau" vorgenommen werden dürfe, das andere Mal, daß es das „Amt der Polizei" sei, „die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publiko ꝛc. bevorstehenden Gefahr zu treffen."

Gegen eine einfache „Umfriedung" des Kirchhofes im Friedrichshain, selbst unter Bezeichnung der Grabstätte als „Friedhof der Märzgefallenen" (eine Inschrift, die auf dem vom Magistrat eingereichten Entwurfe übrigens nur angedeutet und von niemandem beanstandet worden ist) würde, wie versichert wird, nichts einzuwenden sein; die beabsichtigte Aufführung eines Portales aber hält man für einen nach § 66, I, 8 ALR. dem Gemeindewohl schädlichen „Bau," welcher, wie die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung über ein zu errichtendes Denkmal sowie einen auf dem Friedhofe niederzulegenden Kranz für eine Ehrung der Märzgefallenen, und weiter für eine Verherrlichung der Revolution gilt. Dieser Deduktion folgte auch die Begründung des bekannten Urtheils des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Kranzangelegenheit.

Die Centralgenossenschaftskasse.

In dem letzten Gesetze über die Erhöhung des Geschäftskapitals der Centralgenossenschaftskasse war der Regierung die Ermächtigung ertheilt, dieses Kapital von 40 auf 50 Millionen zu erhöhen. Von dieser Ermächtigung soll nunmehr Gebrauch gemacht werden. Mit der Verstärkung des Anlagekapitals wird vom 1. April ab der Zinsfuß des von der Kasse zu gewährenden Kredits wieder (von 4) auf 3½ Proz. herabgesetzt. Offiziös bemerkt man hierzu:

Mit dieser Verstärkung des Grundkapitals der Kasse glaubt die Regierung dem Bedürfnisse für absehbare Zeit genügt zu haben. Denn es sprechen eine Reihe Gründe dafür, daß der Beharrungszustand in dem Geschäftsverkehr der Kasse bald erreicht sein wird. So erfreulich das Genossenschaftswesen sich unter der Mitwirkung der Kasse entwickelt hat, so daß die jetzt beschlossene Erhöhung des Anlagekapitals erforderlich geworden ist, so verlangsamt sich diese Bewegung doch in letzter Zeit schon mehr. Es kommt hinzu, daß, wenn auch die Handwerkergenossenschaften noch zu schwach sind, um ständige Kredite entbehren zu können, die landwirthschaftlichen Genossenschaftsverbände mehr und mehr erstarkt sind, so daß sich das Verhältniß der Rückzahlungen zu den Darlehen von Jahr zu Jahr gebessert hat. Im ersten Geschäftsjahre wurden nur 59, im zweiten 64, im dritten 84,55 Proz. der entliehenen Summe zurückgezahlt. In den drei Vierteljahren vom 1. April 1898 bis 1. Jan. 1899 betrug die Rückzahlung 80 Proz., während sie in dem gleichen Zeitraum der Vorjahre etwas über 50 und 53 Proz. betrug. In der Zeit vom 1. April 1898 bis 1. Febr. 1899 decken sich Darlehen und Rückzahlungen sogar mit rund 106 Millionen Mark.

Zu der Herabsetzung des Zinsfußes der Centralgenossenschaftskasse schreibt unser berliner §§-Korrespondent noch:

Diese Zinsermäßigung ist ein unerwartet rascher Erfolg der Anregung, die Herrn v. Miquel im preußischen Abgeordnetenhause von agrarischer Seite gegeben wurde. Dadurch ist den Vorwürfen, die ebenfalls von agrarischer Seite gegen die Leitung der „Preußenkasse" anläßlich der im vorigen Jahre mit Rücksicht auf die Lage des Geldmarktes erfolgten Erhöhung des Zinsfußes von 3 auf 4 Proz. erhoben worden waren, zum größten Theil der Boden entzogen. Als recht bedenklich muß die von Herrn v. Miquel direkt ausgesprochene Auffassung bezeichnet werden, daß die Centralgenossenschaftskasse in dem Sinne, als ob sie einer Landesmelioration diente, Opfer bringen müsse; denn die hiermit bezweckte bevorzugte Förderung der Landwirthschaft geschieht eben auf Kosten der Allgemeinheit, da der Staat der Kasse ihre Mittel zu ungewöhnlich günstigen Bedingungen vorgestreckt hat. Nur wenn die Kasse zum Zinstag des allgemeinen Geldmarktes ihre Geschäfte betreibt, was bekanntlich unter den gegenwärtigen Umständen nicht der Fall sein kann, wird sie in der Bevölkerung größeres Vertrauen beanspruchen dürfen.

Normaletat für die höheren Lehranstalten.

Dem Abgeordnetenhause ist ein zweiter Nachtrag zum Normaletat für die Lehrer der höheren Unterrichtsanstalten zugegangen. Dieser dehnt die Vorschriften des Nachtragsetats auch auf die vom Staate und anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden und die vom Staate unterstützten nichtstaatlichen Anstalten aus. Zugleich sind die Voraussetzungen für die feste Oberlehrerzulage anders geregelt und genauer begrenzt.

Für die rein staatlichen Anstalten wird bestimmt, daß die definitiv angestellten wissenschaftlichen Lehrer, „sofern sie nach ihrem Zeugniß zum Unterricht in den oberen Klassen vollbefähigt sind oder sich durch praktische Bewährung besonders auszeichnen," neben ihrem Gehalt eine feste pensionsfähige Zulage von 300 bis 900 M. jährlich beziehen. Die Zulage wird nach neun Dienstjahren in Höhe von 300 M. gewährt und steigt nach 12 und 15 Dienstjahren um je den gleichen Betrag.

In den Lehranstalten, die aus Staatsfonds Unterhaltungszuschüsse beziehen, haben die Schulunterhaltungspflichtigen vorab bei den einzelnen Vollanstalten auf je zwei etatsmäßige Stellen für wissenschaftliche Lehrer, bei den Nichtvollanstalten auf je vier solcher Stellen eine feste Zulage, und zwar zu ihrem Höchstbetrage von 900 M. bereitzustellen. Die feste Zulage wird den Lehrern nach Erreichung des entsprechenden Dienstalters gewährt, sofern innerhalb dieser bestimmten Zahl eine solche Zulage frei geworden ist. Denjenigen Lehrern, welche die feste Zulage, obwohl sie den aufgestellten Voraussetzungen entsprechen, mit dem vollendeten zwölften Dienstjahre noch nicht erhalten haben, wird bis zu dem Zeitpunkte, mit welchem eine der bereitgestellten Zulagen für sie frei wird, über die bestimmte Zahl hinaus eine feste pensionsfähige Zulage gewährt, welche bei Vollanstalten 300 M., bei Nichtvollanstalten 150 M. beträgt und bei Vollanstalten um je 300 M., bei Nichtvollanstalten um je 150 M. nach 15 und 18 Dienstjahren steigt. Soweit diese Zulagen nicht in den Ersparnissen Deckung finden, welche dadurch entstehen, daß die bereitzustellenden Beträge zeitweilig überhaupt nicht oder nicht in ihrer ganzen Höhe zur Verwendung gelangen, sind sie ebenfalls von den Schulunterhaltungspflichtigen bereitzustellen. Den Patronaten bleibt unbenommen, mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde zu beschließen, daß allen oder einzelnen Lehrern der von ihnen zu unterhaltenden Anstalten die feste Zulage zu dem gleichen Zeitpunkte und in gleicher Höhe zu gewähren ist wie den Lehrern an den Staatsanstalten, oder daß eine Gleichstellung in einer dieser Beziehungen eintritt, wenn sie zugleich die Verpflichtung übernehmen, die auf Grund solchen Beschlusses den Lehrern zu zahlenden Mehrbeträge an Besoldung außer den oben bestimmten Zulagen vorab bereitzustellen.

Bei den vom Staate und anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden Anstalten kommen, im Falle die betheiligten Compatrone zustimmen, die Bestimmungen der staatlichen Anstalten zur Anwendung.

Aus diesen Aenderungen ist bei den staatlichen Anstalten ein Mehr von 132,400 M. veranschlagt, da die Zulage zwei Jahre früher als bisher beginnt. Der neue Nachtrag enthält eine ergänzende Bestimmung über die Besoldung der Leiter von Anstalten mit geringerer als neunjähriger Kursusdauer in Berlin, in den Orten der ersten Servisklassen und in den Orten mit mehr als 50,000 Einwohnern; die Besoldung beträgt hier 4800 bis 6300 M. Sodann ist auch eine Bestimmung getroffen über die vollbeschäftigten technischen Elementar- und Vorschullehrer. Deren Diensteinkommen soll nicht hinter demjenigen der Volksschullehrer in dem betreffenden Orte zurückbleiben, und sie erhalten ferner eine nichtpensionsfähige Zulage von 150 M., die aber bei Versetzung an eine andere Schule, welche nicht zu diesen höheren Unterrichtsanstalten gehört, wegfällt. — Die neuen Bestimmungen finden auf diejenigen wissenschaftlichen Lehrer, welche am 1. April 1899 im Genuß der festen Zulage von 900 M. sind, keine Anwendung.

Parlamentarisches.

Die Freitags-Rede des Ministers des Innern v. d. Recke zu den Bemerkungen des Abg. Grafen zu Limburg-Stirum über den Brief des Reichskanzlers an den Prinzen Schönaich-Carolath hat, wie die „Natlib. Korr." hört, allgemein peinlich berührt. Da das amtliche Stenogramm nun vorliegt, lassen wir die beiden Sätze, die gegenübergestellt, diesen Eindruck hervorrufen mußten, im authentischen Wortlaut folgen:

Da bezüglich der erwähnten Angelegenheiten nach meiner Auffassung zunächst völlig einseitige Behauptungen vorliegen, halte ich es für meine Pflicht, denjenigen Unterstellungen, die gegen die Unparteilichkeit der Beamten, insbesondere der Landräthe, hier gemacht worden sind, energisch entgegenzutreten. . . . Zum Schluß möchte ich mich noch gegen die Bemerkung des Herrn Abg. Grafen zu Limburg-Stirum wenden, die sich auf den angeblichen Brief des Herrn Reichskanzlers bezog. Nach meiner Meinung hätte es sich empfohlen, diese Bemerkung nur in Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers hier vorzubringen. Denn nur er allein kann über die erwähnte Angelegenheit authentische Auskunft geben.

Daß die Behauptungen des Abg. Graf Limburg-Stirum andere als „zunächst völlig einseitige" waren, ist lediglich dem Minister entgangen.

** **Berlin**, 19. Febr. Die Reichstagskommission, der das Reichsbankgesetz überwiesen worden und deren Vorsitzender der nat.-lib. Abg. Büsing ist, hat gestern den ersten entscheidenden Beschluß gefaßt. Mit 18 gegen 8 Stimmen hat sie beschlossen, der Vorlage gemäß das Grundkapital von 120 auf 150 Mill. M. zu erhöhen. Damit ist der Antrag des Abg. Graf Kanitz, das Bankkapital um 80 Millionen zu erhöhen und diese 80 Millionen in 40,000 vom Reich zu übernehmende Antheile à 2000 M. zu theilen, und der Antrag des reichsparteilichen Abg. Gamp die Erhöhung um 80 Millionen in 80,000 Antheilen à 1000 M. zu begeben, gefallen.

* Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten hat die Genehmigung des preußischen Staatsministeriums erhalten und wird in allernächster Zeit dem Herrenhause zugehen. Es handelt sich bei dem Gesetze um die Herbeiführung einer möglichst einheitlichen Neuregelung der Grundsätze über Anstellung, Besoldung, Pensionirung und Hinterbliebenenversorgung der Gemeindebeamten.

* Der Bericht der Budgetkommission über die Besoldungsverbesserung der Beamten ist jetzt zur Vertheilung gelangt.

Die Kommission hat alle Abänderungen nach dem Vorschlag der Regierung abgelehnt mit Ausnahme einer einzigen: Die den Landräthen besonders nahestehenden Oberwachtmeister der Landgendarmerie sollen in ihrem Einkommen auf 1500 bis 2000 M., im Durchschnitt 1750 M. erhöht werden. Das bisherige Höchstgehalt betrug 1800 M. und der Durchschnitt 1650 M. Den Dispositionsfonds für Stellenzulagen von 2½ Millionen Mark hat die Kommission unverändert angenommen. Die dazu gegebenen Erläuterungen der Regierung sind lediglich statistischer Natur. Danach sollen bei der Zuweisung von Stellenzulagen aus diesem Fonds in Betracht kommen 91,064 Beamte, und zwar die Unterbeamten aller Gehaltsklassen von 500 bis 1500 M. und außerdem aus der Verwaltung der indirekten Steuern und des Innern die Besoldungsklasse von 1200 bis 1600 M. Von diesen Beamten sollen bestimmte Bruchtheile Stellenzulagen erhalten, und zwar im ganzen 16,888, also etwa ein Fünftel. Der Bruchtheil beträgt bei den Gehaltsklassen von 500 bis 700, von 700 bis 1000, von 900 bis 1200 M. ein Viertel der Gesammtzahl, bei der Gehaltsklasse von 900 bis 1400 M. ein Achtel, bei den Gefängniß- und Strafanstaltsbeamten der Gehaltsklasse 900 bis 1500 M. ein Drittel, bei den sonstigen Beamten dieser Gehaltsklasse und bei der Gehaltsklasse von 1000 bis 1500 M. ein Achtel, und bei der Gehaltsklasse von 1200 bis 1600 M. ein Zehntel. Es erhalten im ganzen 16,388 Beamte Stellenzulagen im Betrage von 2,458,200 M. Zur Verfügung bleiben danach von den 2½ Millionen noch 41,800 M. Durchschnittlich beträgt also hiernach die Stellenzulage 150 M. Auf die einzelnen Ressorts entfallen von den 2½ Millionen Mark 1,752,000 M. auf 11,680 Beamte der Eisenbahnverwaltung, 365,250 M. auf 2435 Beamte der Verwaltung des Innern, 158,750 M. auf 1025 Beamte der Justizverwaltung, 134,700 M. auf 898 Beamte der indirekten Steuern. Auf alle übrigen Ressorts zusammen entfallen Zulagen für im ganzen 350 Beamte.

** **Berlin**, 18. Febr. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses verhandelte heute über den Justizetat. Die Justizverwaltung gab das Versprechen ab, daß im nächsten Jahre die schon früher in Aussicht gestellte Uebersicht über die Gerichtskosten in den verschiedenen Geschäftszweigen gegeben werden solle. Weiter wurde seitens der Regierung erklärt, daß die Verhandlungen über Gründung eines Fonds zur Aussetzung von Prämien für schnelle Ermittelung von Verbrechen ein negatives Ergebnitz gehabt hätten. Unzuträglichkeiten seien auch aus dem jetzigen Zustande nicht erwachsen. Auf die wiederum vorgebrachten Wünsche nach möglichster Entlastung der Amtsvorsteher von Geschäften der Strafrechtspflege wurde erwidert, daß eine Besserung in dieser Beziehung bereits eingetreten sei. Eine längere Erörterung entspann sich bei den Forderungen für neue Richterstellen. Es sollen 52 Richter und 8 Staatsanwälte mehr angestellt werden. Die Justizverwaltung erklärte, daß sie wohl den Wunsch habe, die Richterstellen weiter zu vermehren, vor der Hand aber von dem Herrn Finanzminister nicht mehr habe erreichen können. Der Vertreter des Finanzministeriums erwiderte darauf, daß seit 1890 510 neue Richterstellen geschaffen worden seien.

Weimar, 18. Febr. Der Landtag genehmigte heute die Vorlage, betr. den Bahnbau Ilmenau-Schleusingen, erklärte sich gegen die Verlegung der Steuerrevision des zweiten Bezirkes von Weimar nach Apolda, aber für die Errichtung eines Katasteramtes in Apolda. Der Entwurf der neuen Gesindeordnung wurde nach lebhafter Debatte einem Ausschuß überwiesen.

Schule und Kirche.

* Eine Versammlung von Delegirten der drei deutschen Verbände, welche sich die Hebung des niederen und mittleren gewerblichen Schulwesens im weitesten Sinne zur Aufgabe gemacht haben, fand im Abgeordnetenhause statt, nämlich des Verbandes deutscher Gewerbeschulmänner, des Deutschen Vereins für das Fortbildungsschulwesen und des Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen. Zweck der Zusammenkunft war die Erörterung der Frage, ob und in welcher Weise die gemeinsamen Ziele durch einen Zusammenschluß der Verbände zu einem Bund erfolgreicher gefördert werden können. Die Versammelten kamen überein, ihren Verbänden vorzuschlagen, daß der zu gründende Bund in der Regel alle drei Jahre, zuerst im Jahre 1900, seine Versammlungen abhalte, zu deren Gunsten die Verbände in den betr. Jahren auf ihre Tagungen zu verzichten haben.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die besonderen Verhältnisse von Elsaß-Lothringen als Grenzland gegenüber Frankreich lassen es dem Kaiserlichen Statthalter angezeigt erscheinen, den Aufenthalt der in nicht unbeträchtlicher Zahl auf elsaß-lothringisches Gebiet übertretenden französischen Deserteure daselbst nicht zu dulden, dieselben vielmehr gegebenenfalls regelmäßig aus dem Reichsland auszuweisen. Soweit dabei das Großherzogthum Baden in Betracht kommt, ist nicht zu verkennen, daß, was für Elsaß-Lothringen als Grenzland gilt, in gewissem Umfang auch für die an letzteres anstoßenden Theile Badens, insbesondere für das Rheinthal, zutrifft. Der Kaiserliche Statthalter für Elsaß-Lothringen hat sich bereit erklärt, die nach ihrer Wahl über die badische Grenze auszuweisenden französischen Deserteure den Grenzbehörden in Person zuführen zu lassen. Die Maßregel der Ausweisung ist zum Theil auch auf die Erwägung der Möglichkeit zurückzuführen, daß Personen, die keine Deserteure sind, sich als solche ausgeben, um Spionage zu treiben. Kann zwar aus besonderen Gründen ganz ausnahmsweise einem französischen Deserteur der Aufenthalt an einem Orte des Großherzogthums Baden gestattet werden, so wird derselbe doch einer unausgesetzten polizeilichen Ueberwachung unterworfen und ihm von dem Bezirksamt eröffnet, daß er verpflichtet sei, sich an jedem Orte des Landes, an dem er sich länger als 24 Stunden aufhält, bei dem Bürgermeisteramt bezw., wo ein Bezirksamt seinen Sitz hat, bei diesem zu melden, widrigenfalls er aus dem Großherzogthum ausgewiesen würde.

* Wie Eisenbahnunfälle oft aus verhältnißmäßig geringfügigen Ursachen entstehen, hat sich wieder einmal im Dezember v. J. gezeigt. Bekanntlich sollen die auf den Bahnhöfen stehenden Eisenbahnwagen entweder festgebremst oder durch Vorlagen u. dergl. festgelegt werden. Daß dies bisweilen unterbleibt, ist bei den vielen Tausenden von Wagen zwar nicht entschuldbar, aber doch erklärlich. Für gewöhnlich entsteht daraus auch kein Unglück. Wenn sich aber plötzlich ein starker Wind erhebt, dann werden die nicht festgestellten Wagen in Bewegung gesetzt und stoßen unter Umständen mit anderen Wagen oder gar mit unterwegs befindlichen Zügen zusammen. Auf den deutschen Eisenbahnen (ausschließlich der bayerischen) sind im Dezember v. J. bei Personenzügen auf freier Strecke überhaupt fünf Zusammenstöße vorgekommen, und alle diese fünf Unfälle sind auf die gleiche Weise entstanden; durch die in der ersten Hälfte des Monats herrschenden Stürme waren nicht festgelegte Wagen fortgetrieben, auf die freie Strecke gelangt und dort mit den Zügen zusammengetroffen. Die Schuld lag in allen Fällen nur an der ungenügenden Festlegung der abgerollten Wagen. Zum Glück sind in keinem einzigen Falle schwere Folgen eingetreten. Das Reichs-Eisenbahnamt hat aber, wie der „Nordd. Allg. Ztg." mitgetheilt wird, die Betriebsbehörden auf diese Vorkommnisse besonders aufmerksam gemacht und sie ersucht, die den Betrieb beaufsichtigenden Beamten anzuweisen, die Befolgung der Vorschriften über das Festlegen der Wagen schärfer zu überwachen und gegen Nachlässigkeiten auch dann einzuschreiten, wenn dadurch keine Unfälle verursacht wurden.

* Dem deutschen Gesandten in Brasilien wurden von der Bundesregierung 50 Contos als Sühne für den Angriff auf den deutschen Lehrer Roth in Santa-Catharina ausgezahlt. Damit ist dem Anscheine nach die bedauerliche Angelegenheit Roth erledigt. Die von der brasilianischen Centralregierung bewilligte Entschädigung beträgt nach heutigem Kurse gegen 40,000 Mark. In materieller Hinsicht dürfte Roth wohl Genüge geschehen sein. Andererseits bleibt die Thatsache bestehen, daß die Leute, die den Lehrer Roth in Valhoya überfallen und mißhandelt haben, immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990220013/fragment/page=0002

Volkswirthschaftliches.

* Eine Kollektiv-Betheiligung der deutschen Fischerei an der Pariser Weltausstellung wurde in den Berathungen des Deutschen Fischereivereins und des Deutschen Seefischereivereins abgelehnt.

* In Hamburg vereinigten sich etwa 70 Detaillisten zur Gründung eines gemeinsamen Waarenhauses, um der zunehmenden Konkurrenz besser begegnen zu können. 6 Millionen Mark sind für diesen Zweck bereits gezeichnet.

Heer und Flotte.

* Der Kaiser bestimmte, daß die Infanterie-Regimenter und Bezirkskommandos des 17. Armeekorps als gemeinsames Unterscheidungszeichen hellblaue Vorstöße an den Aermelspalten des Waffenrocks erhalten sollen.

* Der Gouverneur von Kiautschou, Kapitän zur See Jaeschke, traf am 19. d. in Tsintaufort ein und hat die Verwaltung übernommen. Der Kreuzer „Gefion" ist in Kiautschou angekommen.

Ausland.

Die Wahl Loubet's.

Ueber den Verlauf des Wahlaktes in Versailles haben wir bereits berichtet. Von 883 berechtigten Kongreßmitgliedern haben 817 ihre Stimme abgegeben. Die Verkündigung des Ergebnisses, die Wahl Loubet's, wurde links mit jubelnden Zurufen begrüßt, während rechts Pfeifen und Johlen ertönte, untermischt mit den Rufen „Arton!" und „Panama!" Nach Schluß der Präsidentenwahl begab sich Franck Chauveau in Begleitung zahlreicher Mitglieder des Kongresses zu Loubet, welcher in einem angrenzenden Saale das Ergebniß der Wahl abwartete, um ihm das Resultat mitzutheilen und einige Worte der Befriedigung über seine Wahl zu ihn zu richten. Loubet erwiderte, nichts in seiner Vergangenheit habe ihn zu träumen berechtigt, daß er eines Tages Präsident der Republik sein werde; er fuhr fort:

„Ich bin ein alter Republikaner und werde es immer bleiben; ich will, daß des Elyséehaus ein republikanisches Haus sei. Seine Thüren werden allen Republikanern immer weit offen stehen. Der Präsident steht über den Parteien und verachtet niemandes Rath. Wir werden zusammen arbeiten, um mit der Regierung und mit meinen Freunden im Senat den leider so schwer gefährdeten innern Frieden im Lande wiederherzustellen. Das ist die gebieterische Pflicht und meine erste neue Aufgabe. Wir werden aber auch keinen unserer Grundsätze aufgeben, welche die Ehre der Republik ausmachen und Frankreichs Ruhm sichern."

Der Ministerpräsident Dupuy übergab dem Präsidenten Loubet die Exekutivgewalt und brachte ihm seine Glückwünsche dar. Loubet dankte ihm, fügte hinzu, daß er auf die weitere Unterstützung des Kabinets rechne, und schloß mit einer neuen Aufforderung zur Einigung aller Republikaner. Zahlreiche Senatoren und Deputirte begaben sich dann zu Loubet, der alle in der liebenswürdigsten Weise aufnahm. Beim Empfange einer Abordnung der Journalisten richtete Loubet die Bitte an die ganze Presse, für die Einigung und Beruhigung zu wirken. Loubet fuhr vom Schlosse in einem Landauer in Begleitung des Ministerpräsidenten Dupuy nach dem Bahnhof. Die übrigen Minister folgten. Auf dem Wege nach dem Bahnhof wurde der Präsident von der Menge acclamirt und mit den Rufen: „Es lebe die Republik", „es lebe das Heer", „es lebe Loubet" begrüßt. Auch einige Rufe: „es lebe Méline" wurden laut. Um 5 Uhr hatte Versailles wieder sein gewöhnliches Aussehen. Als Loubet, von Versailles kommend, um 5 Uhr 10 Min. auf dem Bahnhof Saint-Lazare eintraf, wurden ihm auf dem Platz vor demselben die militärischen Ehren erwiesen. Auf der Fahrt nach dem Elysée ertönten aus der zahlreich zusammengetrömten Menschenmenge die Rufe: „Es lebe Loubet", „Es lebe das Heer", „Es lebe die Republik." Die Anhänger der nationalistischen Gruppen waren mit Trillerpfeifen bewaffnet und schrien auf Befehl gut vertheilter Führer im Takte: „Nieder mit Loubet!" „Panama!" „Abdanken!" „Hoch das Heer!" „Tod den Juden!" Alsdann begaben sie sich zur Statue der Jungfrau von Orleans, wo Déroulède eine Ansprache hielt, in deren Verlauf er seine Anhänger aufforderte, mit ihren Kundgebungen bis zum Tage der Besetzung Faure's zu warten. Nach einem kurzen Aufenthalt im Elysée begab sich der Präsident Loubet ins Ministerium des Auswärtigen zum Empfange der obersten Staatsbehörden und des diplomatischen Corps. Hier überreichte ihm Ministerpräsident Dupuy die Demission des Kabinets. Loubet hat Dupuy, im Amt zu bleiben. Der Ministerrath wird am Dienstag zusammentreten. Aus dem Elysée kehrte Loubet in seine Wohnung im Luxemburgpalast zurück. Im Laufe des Abends wurden auf den Boulevards einige Kundgebungen, so besonders vor der „Libre Parole," veranstaltet. Nach 11 Uhr wurde der Boulevard Montmartre, da dort ein zu großer Andrang herrschte, durch Mannschaften der Garde républicaine und durch Polizisten abgesperrt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befand sich Graf Bari, der jedoch wieder in Freiheit gesetzt wurde. Auch am Sonntag fand zwischen 6½ und 7 Uhr abends im Faubourg Montmartre vor dem Hause der von Sébastian Faure geleiteten Zeitung „Le Peuple" eine ziemlich bedeutende Kundgebung statt. Zahlreiche Nationalisten stießen Drohrufe gegen die Juden aus und Schmährufe gegen Loubet, was das Personal der Zeitung mit dem Rufe: „Nieder mit der Geistlichkeit" erwiderte. Als von anderer Seite eine Gegenkundgebung erfolgte, wobei Hochrufe auf Loubet und Rufe gegen die Geistlichkeit ertönten, kam es zu einem Handgemenge, bei dem zwei Nationalisten verletzt wurden. Die Nationalisten wurden zurückgedrängt und zogen nach dem Café Bisbart, um dort zu manifestiren, wurden aber wieder durch die Theilnehmer der Gegenkundgebung vertrieben. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Loubet bleibt bis zur vollständigen Instandsetzung des Palais Elysée im Senatspalast. Gestern vormittag empfing Loubet den Ministerpräsidenten Dupuy und die übrigen Minister sowie zahlreiche persönliche Fremde; viele Glückwunschtelegramme treffen bei dem Präsidenten ein. Vor dem Senatsgebäude herrschte gestern vollkommene Ruhe.

Mehrere antisemitische Blätter werfen Loubet vor, daß er von den Vertheidigern Dreyfus' gewählt sei, und bemängeln seine Haltung in der Panamaaffaire und die Mittelmäßigkeit seiner Begabung. — Lemaître erklärt im „Echo de Paris," er sei durch diese Wahl schmerzlich berührt, Beaurepaire nennt dieselbe ein öffentliches Unglück. — Coppée sagt im „Gaulois" gleichfalls, es sei ein unglückliches Ereigniß, er hätte die Wahl Méline's gewünscht und fürchte, daß Loubet's Wahl Unruhen im Gefolge haben werde. — „Gaulois" meint, Loubet sei nicht derjenige lautere Charakter, dessen es bedürfe. — „Libre Parole" giebt ihm den Rath, seine Entlassung zu geben, wenn er nicht mit Gewalt entfernt werden wolle. — „Eclair" meint, Loubet habe die besten Absichten, übrigens würde ihn auch die öffentliche Meinung daran hindern, schlechte Pläne zur Ausführung zu bringen. — Im Lager der Anhänger der Revision ist man erstaunt über die Beschimpfungen, welche dem neuen Präsidenten zugefügt werden, der seine Stellung zur Frage noch gar nicht dargelegt hat, man nennt die Wahl eine durchaus republikanische. — „Matin" sagt, in Loubet sei der Wille des Landes verkörpert, welcher eine Anmäherung an die Rechte zurückweise. — „Figaro" macht Beaurepaire für die gestrigen Ruhestörungen verantwortlich. — In der „Aurore" sagt Clémenceau, die Ehrenhaftigkeit „Loubet's habe die Wahl auf ihn gelenkt. — Rane spricht im „Radical" die Ueberzeugung aus, durch die Wahl Loubet's, welcher die Vereinigung aller Republikaner darstelle, sei die Gewähr gegeben, daß man keinen unheilvollen Anschlag zu befürchten habe.

Oesterreich-Ungarn.

Der Rücktritt des Freiherrn von Banffy bedeutet wohl die Beseitigung des größten Hindernisses für das Zustandekommen eines Friedensschlusses in Ungarn, allein die Sanirung der Lage begegnet noch immer erheblichen Schwierigkeiten. Zunächst muß die Frage entschieden werden, wer an die Spitze des zu rekonstruirenden Kabinets treten wird, und dann handelt es sich erst noch um eine glückliche Beendigung der Kompromißaktion mit den oppositionellen Parteien. Ob der nächste Ministerpräsident Ungarns Baron Fejervary oder Koloman v. Szell sein wird, darüber fehlt jeder bestimmte Anhaltspunkt. Am Sonntag empfing der Kaiser Banffy und hierauf Fejervary, welche beide auch heute in Wien verbleiben werden. Es verlautet, Koloman Szell sei für heute gleichfalls nach Wien berufen worden. Die Entscheidung über die Destgnirung des zukünftigen Ministerpräsidenten dürfte heute erfolgen.

Wir haben bereits von der Verordnung des österreichischen Justizministeriums Mittheilung gemacht, wonach im schriftlichen Dienstverkehre mit den politischen Behörden alle unnöthigen Titulaturen bei der Adresse wegzulassen sind; wie nun die „Wiener Abendpost" meldet, hat Ministerpräsident Graf Thun als Leiter des Ministeriums des Innern nun auch für die politischen Behörden rücksichtlich des Verkehres untereinander und mit anderen Civilbehörden eine Vereinfachung der Korrespondenz angeordnet. Demgemäß haben in Zukunft die Bezeichnungen „löblich", „hochlöblich", „hoch" und dergleichen ganz zu unterbleiben. Ebenso hat die Anwendung der bisher üblichen Beisätze im Texte der Geschäftsstücke, wie: „dienstlöflich", „ergebenst", „geschätzt" u. dgl. aufzuhören. Desgleichen sind in Zukunft alle unnöthigen Titulaturen in den Adressen zu vermeiden, so daß die Adressen in Zukunft zu lauten haben werden: An den Herrn k. k. Statthalter in . . ., an den Herrn k. k. Minister usw. Auch die konventionellen Schlußklauseln „Genehmigen . . ." „Empfangen . . ." usw. sind außer Gebrauch gesetzt. Analoge Verfügungen haben auch die anderen Minister für die ihnen unterstehenden Behörden und Aemter erlassen. Von dieser Anordnung wurden auch die gemeinsamen Ministerien und die anderen Centralstellen, beziehungsweise Obersten Gerichtshöfe in Kenntniß gesetzt.

Frankreich.

Die londoner „Morning Post" erfährt, die französische Regierung beabsichtige, nicht von der Haltung abzuweichen, die ihre Vertreter in der brüsseler Zuckerprämien-Konferenz angenommen hatten. Sollten die von Belgien fortgesetzten Unterhandlungen ergebnißlos bleiben, so würde England voraussichtlich einen Vertrag mit den übrigen Zuckerprämien gewährenden Mächten schließen, dem zufolge Ausgleichszölle gegen Frankreich angewendet werden würden.

Der Korrespondent der „Neuen Freien Presse", Dr. Frischauer, ist ausgewiesen worden; die französische Regierung hat ihm mitgetheilt, die Ausweisung erfolge wegen der allgemeinen Tendenz seiner Berichte. Die „Neue Freie Presse" ist, wie bekanntlich fast die gesammte, nicht französische Presse, vom ersten Augenblick an für die Revision des Dreyfus-Prozesses eingetreten. Die „Libre Parole" denunzirte seit langem Frischauer und verlangte seine Ausweisung, sowie diejenige noch anderer Korrespondenten. Dr. Frischauer hat 48 Stunden Zeit erhalten, um seine Sachen zu packen; er war in journalistischen und gesellschaftlichen Kreisen sehr bekannt und beliebt.

Auf den Rath der Aerzte wurde der Leichnam Faure's am Sonntag vormittag in Gegenwart des Ministerpräsidenten Dupuy sowie des Civil- und Militärstaates des Verstorbenen einbalsamirt. Als Todesursache ist bekanntlich amtlich ein Gehirnschlag festgestellt worden. In der pariser nationalistischen Presse wird auch jetzt noch der Verdacht ausgesprochen, daß Faure nicht eines natürlichen Todes gestorben sei. Die „Patrie" fordert eine Untersuchung des Gehirns, nachdem eine medizinische Kapazität erklärt haben soll, jeder Student wäre durchgefallen, der die Todesursache bei Faure auf Gehirnschlag festgestellt hätte. Brüsseler Quellen sprechen gerüchtweise von einem Selbstmord wegen angedrohter Enthüllungen über die Madagaskarexpedition. Nach anderer Quelle soll Faure Selbstmord verübt haben, weil neue „Enthüllungen" über gewisse dunkle Seiten seiner Familiengeschichte im Werke seien; insbesondere sei ihm von nationalistischer Seite gedroht worden, die Verheirathung seiner älteren Tochter mit dem Sohne eines Mannes, der seinen Reichthum durch Betrieb eines — sagen wir, einer „Maison Tellier" erworben habe, öffentlich zur Sprache zu bringen.

Spanien.

Der Ministerrath nahm den Entwurf betreffend die Abtretung der Philippinen an. Die Mehrheit befürwortet auch den Verkauf der Carolinen- und Mariannen-Inseln; jedoch ist noch keine bestimmte Entscheidung getroffen worden. Die Debatte über alle den Friedensschluß berührenden Vorlagen wird zuerst im Senat stattfinden.

Großbritannien und Irland.

Die weitgehende Sonntagsruhe im Postdienst in England ruft hin und wieder doch auch bei dem englischen Publikum, das an die eingreifendsten Beschränkungen des Verkehrsdienstes an diesem Tage gewohnt ist, Verlangen nach Ausnahmen für gewisse Fälle hervor. In London werden auch die Eilbriefsendungen an Sonntagen nicht ausgetragen. Es ist daher den Bewohnern der Provinz keine Möglichkeit geboten, in dringenden Fällen (bei Erkrankungen 2c.) an Sonntagen eine briefliche Mittheilung an Betheiligte in London gelangen zu lassen. Den aus den Kreisen des Publikums hervorgetretenen Wünschen ist seitens des General-Post-Office jetzt Rechnung getragen worden durch die Anordnung, daß seit dem 1. Februar Briefsendungen mit dem Vermerk „Sonntags-Eilbestellung" und unter der Voraussetzung voller Frankirung einschließlich Eilbotenlohn auch an Sonntagen in London zur Bestellung kommen.

Rußland.

Murawjew theilte allen Vertretern der Mächte in Petersburg mit, daß alle Mächte definitiv den Haag zum Orte der Abrüstungskonferenz annehmen. Der Zeitpunkt des Zusammentritts ist erst von weiteren Verhandlungen zwischen den Großmächten abhängig.

Rumänien.

Die Kammer setzte am Sonnabend die Debatte über die Interpellation betreffend die Bauernbewegung fort. Ministerpräsident Sturdza führte aus, die Bewegung sei vom Sozialistenklub hervorgerufen worden, um sich ein günstiges Terrain für die im Laufe des Jahres stattfindenden Wahlen vorzubereiten. Eine solche Aktion sei unpatriotisch und schädlich. Der Ministerpräsident verwies sodann auf die Reformen zu Gunsten der Bauern. Die Ausweisungen von Fremden seien erfolgt, da diese als Agents provocateurs aufgetreten seien. Der Ministerpräsident schloß mit der an die Sozialisten gerichteten Aufforderung, ihre Utopien aufzugeben, durch welche Rumänien seine Stellung unter den Nationen verlieren und unberechenbares Unglück erleiden könnte. Die Regierung werde jede ungesetzliche und verfassungswidrige Aktion mit der Unterstützung der Nationalliberalen und aller ehrenwerthen Männer zu unterdrücken haben.

Asien.

Wie das „Reuter'sche Bureau" aus Peking vom Sonntag meldet, fand bei Taltenwan zwischen Russen und Chinesen ein Zusammenstoß statt, wobei 100 Chinesen getödtet worden sein sollen. Man glaubt, daß der Zusammenstoß auf die Steuerfrage zurückzuführen sei. Einzelheiten fehlen.

Von den Philippinen sandte am Sonnabend General Otis der Regierung in Washington ein Telegramm, in welchem es heißt, daß acht Amerikaner einschließlich zwei Offiziere am Freitag in einem Scharmützel in der Nähe der Pumpstation von Manila verwundet worden sind. In amtlichen Kreisen Washingtons nimmt man auf Grund der Berichte über solche Zusammenstöße an, daß Otis sich gezwungen sieht, energisch zur Offensive überzugehen, damit die Truppen eine Stellung gewinnen, die sie während der Regenzeit behaupten können.

Afrika.

Man hat die Wasserthat des Sirdars Kitchener im Sudan gepriesen, die Friedensthat des Ingenieurs Aird wird man segnen. Er wird im goldenen Buche der Kultur als Schöpfer des gigantischen Nildammes bei Assuan stehen, dessen Grundstein der Herzog von Connaught mit seiner Gemahlin jüngst gelegt hat. Dieses Riesenwehr, ein Granitwall, 2 Kilometer lang, 70 Fuß breit und 40 Fuß hoch, welcher bei Schellal (2 Stunden südlich von Assuan) errichtet wird, soll in 5 Jahren vollendet sein und mit den Kanälen und Ableitungsgräben 80 Mill. Mark kosten. Dieses Kulturwerk, welches den Engländern wahrhaft zur Ehre gereicht, wird die gewaltigen Wassermassen des Nil durch Ausstauung über das Land vertheilen und Oberägypten in einen Garten verwandeln. Hinter dem Damm wird sich ein See, dreimal so groß als der Genfer See, ausbreiten. Die Wasserfläche mit ihrem Inhalt von 1000 Mill. Tonnen Wasser soll etwa 2500 Quadrat-Kilometer bewässern. Die Sache hat auch ihre politische Bedeutung. Nicht mit Unrecht ruft ein londoner Blatt aus: „Nicht Soldaten, Ingenieure werden die ägyptische Frage entscheiden."

Vermischtes

Anklagen gegen berliner Schulen namentlich gegen die höheren Lehranstalten, werden seit einiger Zeit von der Zeitschrift „Spiel und Sport" erhoben, ohne daß der angeschuldigte Theil bisher Widerspruch erhoben hätte. So behauptet das Blatt, daß in der Oberprima einer Berliner höheren Anstalt 30 bis 40 Seiten lange schriftliche Arbeiten im Deutschen, in der Physik, in der Mathematik zur Regel gehörten, denn Arbeiten, die kürzer seien, würden schon der Kürze wegen schlecht beurtheilt. Dadurch würden die Schüler aber gezwungen, die Lehrer zu betrügen, weil sie eine solche Arbeitsklast auf ehrlichem Wege nicht überwältigen könnten. Das Betrügen werde dadurch sehr erleichtert, ja geradezu herausgefordert, daß zahlreiche Lehrer die Gewohnheit hätten, bestimmte Arbeiten (Aufsätze, Extemporalien, Exerzitien usw.) in bestimmten Zwischenräumen zu wiederholen, offenbar in der Absicht, sich die Auswahl der Aufgaben und die Korrektur der Arbeiten zu erleichtern. In Berlin, oder sogar in Preußen, gebe es nur wenige höhere Schulen, in denen nicht die alten Hefte guter Schüler den Gegenstand eifrigen Sammelns bildeten und geradezu zu einem Handelsartikel geworden seien, der sich oft von Generation zu Generation vererbe. — Es dürfte wohl angebracht sein, daß der Kultusminister oder das Provinzial-Schulkollegium sich der Angelegenheit bemächtigte, um die erforderliche Klarheit zu schaffen.

Reichsverein für vaterländische Festspiele. In Dresden fand am Sonntag die Bildung des „Reichsvereins für vaterländische Festspiele" als Erweiterung des seitherigen Reichsausschusses statt. Zum Vorsitzenden des neuen Vereins wurde v. Schenkendorff einstimmig gewählt. Der Reichsverein soll seinen Sitz in Berlin haben und bezweckt die Hebung der Volksgesundung durch Pflege der Leibesübungen, die Stärkung des Nationalgefühls und die Veredelung der Volksfeste.

Zur Eisenbahnkatastrophe in Belgien. Die Katastrophe bei Forest, über die wir in der Sonntagsausgabe berichteten, ist die entsetzlichste, die sich seit dem Bestande der belgischen Bahnen ereignet hat. Nach den neuesten Telegrammen beträgt die Zahl der Todten 30, die der schwer Verwundeten 68, die der Verletzten überhaupt mehr als 100. Eine ausführlichere Meldung schildert den Vorgang bei dem Unglück folgendermaßen: Der Morgenzug von Tournai hatte bei dichtem Nebel mit 15 Minuten Verspätung kaum den Bahnhof Forest verlassen, als der von Mons kommende Eilzug, dessen Führer das Haltesignal nicht erkannt hatte, mit voller Gewalt in den vorauffahrenden Zug hineinfuhr. Im Augenblick hatten Maschine und Tender des Eilzuges die letzten drei Wagen dritter Klasse des tournaier Zuges überklettert und unter ihrem Gewicht völlig zermalmt. Während aus dem aufgeschlitzten Leibe der Maschine der Dampf mit fürchterlichem Zischen entwich, waren etwa 25 Menschen bereits zerquetscht, zerrissen, gevierttheilt, und mehr als hundert stürzten wie wahnsinnig vor Schmerz und Angst davon. Die Stadt Forest war sofort alarmirt. Aerzte und Geistliche brachten die erste Hilfe und Trost. Lehrerinnen und ganz jugendliche Schülerinnen bilden die Mehrzahl der Todten, daneben hat das Schicksal kleinere Beamte von Banken und Advokaten ereilt. Eine Lehrerin lag mehrere Stunden unter einem gräßlich verstümmelten Leichnam, ehe man sie unverletzt hervorziehen konnte. Der Verkehr auf der Linie ist völlig aufgehoben.

Lebendig eingemauert. Der Konzertsaalfasser Succi wird dieser Tage in Mailand sein 76. öffentliches Fasten beginnen. Das Fasten wird in einem im Salone Ciclodromo eigens zu diesem Zwecke errichteten Häuschen vor statten gehen. Das Publikum wird das große Vergnügen haben, Herrn Succi durch die an den Seitenwänden des Häuschens angebrachten Fenster beobachten zu können. Im übrigen wird das Haus hermetisch verschlossen sein; Succi will 25 Tage lang darin verweilen. Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten, paradox ist es aber immerhin, daß einer sich durch Hungerleiden den Lebensunterhalt verdient.

Personalnachrichten. Professor Harnack in Darmstadt, dessen völlige Wiederherstellung von schwerer Krankheit wir vor einiger Zeit melbeten, hat sich durch den Aufenthalt im Süden derart gekräftigt, daß er wieder daran denken kann, sich seiner Thätigkeit an der technischen Hochschule in Darmstadt zu widmen. Bereits heute wird er seine Vorlesungen wieder aufnehmen. — Der Präsident der königl. Generalkommission für Schlesien, Schwarz, feiert, der „Schles. Ztg." zufolge, am 4. April d. J. sein 50jähriges Dienstjubiläum. — Es starben in Berlin der Geheime Kriegsrath Dr. J. A. Kaupert von der Landesaufnahme, der sich durch topographische Arbeiten weit über die militärischen Kreise hinaus einen Ruf erworben hat, und der Rentner Berthold Schaeffer, Begründer der seit Jahren als Aktiengesellschaft bestehenden Firma Schaeffer & Walcker, in Wiesbaden der königl. Archivar Dr. phil. Konrad Panzer vom Staatsarchiv zu Koblenz, ein Schüler Maurenbrecher's und Moritz Ritter's, und in Christiania der frühere Professor der Mathematik an der Universität Leipzig, Sophus Lie. — Die Genesung des Frhrn. v. Buol, des früheren Reichstagspräsidenten, macht erfreuliche Fortschritte. Er ist eben im Begriff, von Mannheim nach Karlsruhe überzusiedeln, um dort am 1. März sein neues Amt als Oberlandesgerichtsrath anzutreten. — Wie die „Times" aus Kairo vom gestrigen Tage meldet, reist Slatin Pascha über Triest nach London. Er gedenkt, aus dem ägyptischen Militärdienst auszutreten. — Eleonore Duse hat eine Tournée durch ganz Nordamerika, von New York bis San Francisco, vereinbart. D'Annunzio wird seine Landsmännin begleiten und nach ihren Vorstellungen Vorträge über das Drama bei den Hellenen halten. — Der frühere Oberpolizeimeister von Moskau, Alexander Alexandrowitsch Wlassowskij ist am 12. d. 57 Jahre alt, gestorben. Er war zur Zeit der Krönung des Kaisers Nikolai II. Leiter der moskauer Polizei und als sich die furchtbare Katastrophe auf dem Chodynkafelde ereignete, machte man ihn zum Sündenbock für die Fehler eines Höheren. Später ist ihm jedoch Genugthuung geworden und zuletzt war er dem Ministerium des Innern „zugezählt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990220013/fragment/page=0003

Seidenstoffe

schwarz, weisse, farbige
neueste Webarten
in großer Auswahl
empfiehlt

C. A. Boegelsack

Specialhaus für Damenkleiderstoffe und fertige Kleider
Gr. Steinstraße 86.

---

von Hartung'sche
Militär-
Vorbildungsanstalt
zu Cassel.

1866 staatl. concess. für **alle Militär- und Schuleramina**, eröffnet 6. April neue Kurse, auch kurze Repetitionskurse f. Aspiranten mit Primareife. **Seit 30 Jahren die besten Erfolge.** Schuljahr 1897/98 bestanden **38 Fähnriche, 3 Seekadetten, 8 Primaner, 13 Einjährige**, meist nach kurzer Vorbereitung. Unterricht und Pension vorzüglich empfohlen Aufnahme jederzeit. Prospekt fr. durch d. Direkt. Dr. **Witter.**

C. S. Carlson,
Gr. Ulrichstraße 51,
Anstalt für schwedische Heilgymnastik, Orthopädie nebst Massagebehandlung.
Anm.: Damen werden von Frl. Nycander aus Gothenburg behandelt.

Unser Pensionat
für erwachsene Töchter, deren liebevolle Pflege und allseitige Ausbildung wir sorgfältigst erstreben, wird in kürzester Zeit sein 25jähr. Bestehen feiern. In dieser langen Zeit ist uns die Liebe unserer Pfleglinge und das Vertrauen der Eltern im reichsten Maaße zu Theil geworden. Auch fernerhin hoffen wir uns dasselbe zu erringen. Anmeldungen von Pfleglingen zu Ostern erbitten wir uns baldgefl. **Pastor Fritzsche u. Töchter,**
Halle a/S., Thorstraße 54.

Einen tiefen Blick
in die Ursachen der allgemeinen Entnervung vermittelt das vorzügliche Werk von **Dr. Heblen:**
Der Rettungs-Anker.
Mit path.-anatom. Abbild.
— **Preis 3 Mk.** —
Allen denen, welche in Folge hemmender Jugendsünden krank sind, od. durch Ausschweifungen, an **Schwächezuständen** leiden, zeigt dieses Buch den sichersten Weg zur Wiedererlangung der Gesundheit und Manneskraft. Zu beziehen d. das **Litteratur-Bureau** in **Leipzig-S.**, Oststraße 1, sowie durch jede Buchhandlung.

Staats-Medaille in Gold 1896.

Hildebrand.

Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Hildebrands Deutscher Kakao.	Hildebrands Deutsche Schokolade.
Mk. 2,40 das Pfd.	**Mk. 1,60 das Pfd.**

Vorräthig in allen mit unseren Plakaten versehenen Geschäften.

Theodor Hildebrand & Sohn, Berlin,

Hoflieferanten Sr. Maj. des Königs.

Ist van Houtens Cacao wirklich der beste, ist der Geschmack wirklich ein so reiner und köstlicher wie behauptet wird? Um sich hiervon zu überzeugen, braucht man nur der behaglich eingerichteten, auch für Damen so bequem gelegenen, **van Houtens Cacao-Stube Große Ulrichstr. 16,** im Hause des Generalanzeigers, einen Besuch abzustatten.

Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
Partietage
für
Glacé-Handschuhe.
Ich habe einen größeren Posten Damen- u. Herrenhandschuh in schwarz, weiß, schöne Ball- u. Straßenfarben, die einen Werth von Mk. 1,50—4,00 haben, unter Preis eingekauft und verkaufe dieselben an obigen 4 Tagen zu 95 Pf., 1,25, 1,50 bis 1,95 Mk.
Eugen Glaser,
Gr. Ulrichstr. 41.

Pianinos,
nur vornehmste Fabrikate,
empfohlen durch
Liszt, Rubinstein,
H. v. Bülow, Stavenhagen ꝛc.
in reichster Auswahl
empfiehlt
Albert Hoffmann,
Halle, Leipziger Straße 56,
am Riebeckplatz.

C. L. Blau.

Gänsepökelfleisch, à Pfund **65-75 ₰**
Wurstschmalz, à Pfund **40 ₰**
Knochenfleisch, à Pfund **20 ₰**
Suppenknochen, à Pfund **15 ₰**
empfiehlt
Wilh. Nietsch jr. Geiststr. 17 Fernspr. 1152.

Echte Glycerin-
Schwefelmilch-Seife
aus der **Hofparfümeriefabrik**
C. D. Wunderlich, Nürnberg,
3 mal prämiirt, dabei 2 Staatsmedaillen
35 jähriger glänzender Erfolg
im **In- und Ausland,** vorzüglichste Toilette-Seife zur Erlangung eines schönen, jugendfrisch, geschmeidig, reinen Teints, zur Beseitigung von Schärfen, Ausschlägen, Röthen, Jucken und Haarausfall, à 35 ₰. **Verbesserte Theerseife** 35 ₰, **Theerschwefelseife** 50 ₰ bei **C. Kaiser,** Schmeerstr. 13. **F. A. Pahl,** Gr. Ulrichstr. 6. **Gebr. Hädicke,** Merkur-Drogerie, Rannische Str. 7, Adler-Drogerie **A. Steinbach,** Königstr. 14 und **Germania-Drogerie,** Kaiserstr.

Herkules-Celluloid-Kitt
ist das **einzige** Mittel um alle Scherben von **Glas, Porzellan, Marmor, Bernstein** ꝛc. in **Wasser haltbar** zu kitten. Flaschen à 30 ₰ bei
M. Waltsgott.

Vorzügliche Masse zum Füllen der
Hektographen
billigst bei **M. Waltsgott.**

Königliche Thierärztliche Hochschule in Hannover.

Das Sommersemester 1899 beginnt am 6. April. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfrage unter Zusendung des Programms **Die Direction.**

O. Benedict in Apolda
— Gegründet 1883. —
Kaufmännisches Bureau.
Schnellste Erledigungen in An- und Verkäufen aller Arten. Discrete Vermittelungen. Verbindungen nach allen Plätzen.

Brand-, Mal- und Kerbschnitz-Artikel
in **großer** Auswahl und **neuen** Mustern eingetroffen, auch werden Gegenstände nach eigenen Angaben angefertigt.
Franz Krug, Rannische Str. 12.

Wildhagen'sche Frauen-Industrie- und Fortbildungsschule **nebst Seminar für Handarbeitslehrerinnen.**

Der Unterricht beginnt am **6. April** und umfasst die Fächer: Hand- u. Maschinennähen, Wäsche- u. Kinderconfection, Putzmachen, Buchführung, Deutsch, Litteratur und fremde Sprachen, Zeichnen nach der Natur und Entwerfen von Mustern für Stickereizwecke, Kunststickerei in allen Techniken, Klöppeln, Knüpfen, Goblinwirkerei, Hochbunt-Stickerei.
Töchterpensionat. Pensionspreis jährlich 500 Mark.
Halle, Heinrichstrasse 1. Frau **E. Gehrts-Wildhagen.**

Die ächten
Carl Koch'schen
Pfannkuchen
und
Kartoffelkringel
mit **Vanillecaus** und den **feinsten Fruchtfüllungen,** sowie eine reiche Auswahl geschmackvoller
Torten
u. Kuchenausschnitte
empfiehlt
Carl Koch,
Herrenstraße Nr. 1.
Fernsprecher 531.

Leopold Pietzsch.

Zur **Confirmation** bringe mein **Gold- und Silberwaaren-Lager** einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum in empfehlende Erinnerung. Ebenso, wie in meinem Schaufenster nur **echte Waaren** in 8- und 14k. Gold ausliegen, habe außerdem am Lager **sämmtliche Schmuckſachen** in Charnier-Double und amerik. Double. Es dürfte sich sonach lohnen, **Geschenke,** sowohl von den theuersten als auch bis zu den billigsten, in Augenschein zu nehmen.
Ankauf von **altem Gold** und **Silber** in kleinen wie größten Partien, auch ohne Verpflichtung zum Einkauf neuer Waaren. Größere Schmelzeinrichtung im Hause.
Leopold Pietzsch
Juwelier und Goldschmied.
Werkstatt für Neuarbeiten, sowie Reparaturen prompt, sauber bei billigst. Preisen.
Gegründet 1872.

Auctionen.

Auction.

Dienstag den 21. d. Mts. Vorm. 3/4 12 Uhr versteigere ich in der Gärtnerei **Ludwigstr. 21** zwangsweise:
1 Heizungsanlage mit sämmtlichem Zubehör.
Friedrich, Gerichtsvollzieher.

Dienstag den 21. ds. Mts. von Vorm. 10 Uhr an versteigere ich Geiststr. 39 hier zwangsweise:
8 vollständ. Betten, 10 Kleidersecretaire, 4 Perticows, 7 Regulatore, 6 Schreibtische, 8 Sophas, mehrere Nacht- und Waschtische, Kommoden, Stühle, Spiegel, Bilder, Büsten, Regale, Portièren, Teppiche, Gardinen ꝛc.
Hirsch, Gerichtsvollzieher.

Mignon-Kakao!

Unser unter obiger Marke in den Handel gebrachtes Kakaopulver wird **seit Jahren** in **stets gleichbleibender Güte** geliefert. Das Bestreben, **nur das Beste zu leisten,** sehen wir durch die **enorme Steigerung** unseres Absatzes **anerkannt. Im Jahre 1897 verbrauchten wir bald 1,500,000 Pfund Kakaobohnen und zahlten dafür ca. 1/4 Million Mark Zoll.**

Man fordere unsere drei Qualitäten:

	Vierpfund.	**Dreipfund.**	**Zweipfund.**
im Einzelnen zu	M. 2,—	M. 1,80	M. 1,60
bei 5 Pfund	„ „ 1,70	„ 1,60	„ 1,45

für 1/2 Ko. in 1/4, 1/2 und 1/1 Pfund-Packeten in den bekannten Verkaufsstellen.

Fr. David Söhne, Halle a. S.

Gutachten
der **hiesigen Königl. Universitäts-Kliniken** vom **10. Dezbr. 1898,** denen wir seit Jahren liefern:
Trotz des geringen von uns gezahlten Preises war der Kakao von **stets gleichbleibender Güte** und **infolgedessen bei den Patienten ein sehr beliebtes Nahrungs- u. Genussmittel.** —
Das **hiesige Paul Riebeck-Stift** schreibt am **13. Dez. 1898:**
Die Fabrikate sind **stets preiswerth** und **zu vollster Zufriedenheit geliefert worden.**

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und **Markt 24** (Waaggebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 3 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.